

DEUTSCHEPOLITIK

ZUR INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM WINTER 1961/62

Noch einmal hat *Konrad Adenauer*, zwei Monate vor seinem 86. Geburtstag, es durchgesetzt, daß er zum Bundeskanzler gewählt wurde. Er muß sich wie der alte König Pyrrhus gefühlt haben („Noch ein solcher Sieg und ich bin verloren“), als sich bei der Auszählung am Abend des 7. November im Bundestag ergab, daß seine absolute Mehrheit noch ganze acht Stimmen ausmachte, knapp so viel, wie die Freien Demokraten an Minister- und Staatssekretärposten haben sollten.

Da man annehmen kann, daß sämtliche 185 anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten (ohne die Berliner) mit Nein stimmten, müssen bei 206 abgegebenen Nein-Zetteln noch 21 Abgeordnete aus den Regierungsparteien gegen den „Alten“ gestimmt haben. Diese Nein-Stimmen dürften zum größten Teil von den Freien Demokraten stammen, während die Mehrheit der 26 Enthaltungen, die in der mathematischen Bewertung den Nein-Stimmen gleichkommen, wohl vorwiegend auf die CDU/CSU entfallen.

Schlimmer als 1949

Lediglich das Ergebnis der Wahl Adenauers zum Kanzler 1949 war noch knapper. Damals hatte er nur eine Stimme mehr als die Hälfte, also das für die Wahl gerade noch ausreichende Minimum erreicht. Aber welcher Unterschied zwischen damals und heute! Damals war es Adenauers Start . als Kanzler, und die Fraktionen, die gewillt waren, mit ihm eine Regierung zu bilden, hatten geschlossen für ihn gestimmt. Die entscheidende Stimme war sogar von einem außerhalb dieser Koalition stehenden Abgeordneten, einem Bayernparteiern, abgegeben worden. Diesmal aber, nach zwölf Jahren fast unumschränkter Lenkung der Bundespolitik, hat Adenauer in seiner eigenen Koalition so viele Gegner (47), daß sie eine Fraktion für sich, etwa von der Stärke der CSU, bilden könnten.

Nie hat eine Bundesregierung seit dem Ende des zweiten Weltkrieges auf so schwacher Grundlage gestanden wie die, die Konrad Adenauer nach 50 Tagen beschämender und tief deprimierender Verhandlungen zu bilden sich anschickte — und dies ausgerechnet in einer internationalen Situation, in der die Bundesrepublik eine starke Regierung auf möglichst breiter Basis so nötig hätte wie noch

nie. Wie sehr darüber hinaus das staatsrechtliche Gefüge der Bundesrepublik durch die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP „aus der Verfassung gebracht“ worden ist, das hat *Helmut Lindemann* im letzten Heft der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* ausführlich und anschaulich dargelegt.

Der Rücktritt Heinrich v. Brentanos

Die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung wurden auch dadurch schwer belastet, daß *Heinrich von Brentano* Ende Oktober seinen Rücktritt als Außenminister erklärte und gleichzeitig mit bemerkenswerter Festigkeit hinzufügte, er werde an einer neuen Regierung nicht teilnehmen. Ausgangspunkt war, daß die Freien Demokraten, offenbar um ihre mannigfachen Umfalle zu kompensieren, Aspirationen auf das Außenministerium zeigten. Freilich hatten sie Brentanos Kopf gar nicht ernsthaft gewollt, sondern nur ein bißchen symbolisch, um damit verschämt andeuten zu können, die „Ära Adenauer“ sei doch zu Ende. Und sie wären auch damit einverstanden gewesen, daß Brentano im Ministeramt bliebe; nur einen „Staatsminister“ aus den eigenen Reihen wollten sie ihm zur Seite stellen. Das empfand nun wieder Herr von Brentano als Geste des Mißtrauens und zog es vor, um seinen Abschied zu bitten. In Wirklichkeit hat Brentano sich nicht so sehr durch das freidemokratische Mißtrauen als durch die illoyale Bereitwilligkeit gekränkt gefühlt, mit der Konrad Adenauer und die CDU-Fraktion ausgerechnet ihn, den bisher in allen Situationen Treuergebenen, den Freien Demokraten opfern wollten. Als Adenauer im Verlaufe der Verhandlungen Brentano gegenüber die Andeutung machte, er könne ja Justizminister werden, war dessen Rücktrittsbeschluß gefaßt.

An die Stelle Brentanos trat Dr. *Gerhard Schröder*, bis dahin Bundesinnenminister. Sein Start war besser als das Ausland und auch die Opposition in der Bundesrepublik befürchtet hatten. Freilich konnte auch er nicht erreichen, daß der Bundeskanzler ihn in Washington ausführlich über seine Gespräche mit Präsident *Kennedy* unterrichtete. Als er ihn um die Protokolle der Geheimgespräche bat, wies Adenauer diese Bitte schroff ab, so daß die intime Kenntnis dieser Unterhaltungen auf deutscher Seite auf das Gedächtnis eines 86jährigen beschränkt sein dürfte. Schröder kam dadurch auch in die peinliche Lage, bei der Pressekonferenz in Washington, bei der Adenauer ihn zu vertreten gebeten hatte, den Eindruck eines schlecht informierten Politikers zu machen.

Adenauer hatte es sich zuvor nicht versagen können, die Freien Demokraten dadurch zu brüskieren, daß er unmittelbar nach dem

Rücktritt Brentanos den früheren Staatssekretär *Hallstein*, jetzt Präsident der EWG, aus Brüssel nach Bonn kommen ließ, offenbar um mit ihm über die Übernahme des Außenministeriums zu verhandeln. Die Freien Demokraten, die einen Teil ihres Wahlkampfes gegen die Hallstein-Doktrin bestritten hatten, mußten dies als einen besonderen Affront auffassen.

Eine rechte Harmonie ist auch nach einem Vierteljahr der Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU und Freien Demokraten nicht aufgekommen. Im Gegenteil, die FDP fühlt sich zurückgesetzt und vor allem in ihren Ansprüchen auf die Besetzung wichtiger hoher Posten nicht befriedigt. Vizekanzler Prof. *Erhard*, auf den die Freien Demokraten einmal alle Hoffnungen gesetzt hatten und den sie vor Monaten noch zum Bundeskanzler zu wählen bereit waren, hat sehr abfällig davon gesprochen, daß er den Inhalt des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und FDP nicht kenne und daß dieser ihn auch nicht interessiere. Auch die auf Wunsch Dr. *Mendes* zustande gekommene Aussprache mit dem Bundeskanzler dürfte keine wesentliche Besserung der Position der FDP innerhalb der Koalition gebracht haben.

Spannung zwischen linkem CDU-Flügel und FDP

Besonders gespannt ist das Verhältnis zwischen dem linken (Arbeitnehmer-) Flügel der CDU/CSU und den Freien Demokraten. Der Arbeitnehmerflügel hatte von allem Anfang an kein Hehl daraus gemacht, daß er eine Koalition mit der SPD einer solchen mit der FDP vorziehen würde, die *Hans Katzer* in der *Sozialen Ordnung* ein „liberalistisches Sammelbecken politischer Sonderlinge mit betont nationalem Trend“ genannt hatte. Das Mißtrauen der CDU-Linken gegen die FDP hat einmal sozialpolitische Gründe. In der *Ketteler-Wacht*, dem Organ der Katholischen Arbeiterbewegung, hieß es vor kurzem, die KAB bekenne sich zwar zur verfassungsmäßig gewählten Regierung; das bedeute jedoch nicht ein bedingungsloses Ja-Sagen zu allen Maßnahmen der Regierung. Keinesfalls dürfe es dabei bleiben, daß von der Gefahr für die Währung immer dann gesprochen werde, wenn den Rentnern eine Aufbesserung gegeben werden solle, während bei allen anderen Bewilligungen diese Gefahr angeblich nicht bestehe.

Zum anderen hätte der linke CDU-Flügel aus außenpolitischen Gründen eine Koalition mit der SPD lieber gesehen. Die kommenden außenpolitischen Entscheidungen und die Ordnung im Innern müßten von der SPD mitgetragen werden, heißt es in der *Ketteler-Wacht*; die außenpolitischen Entscheidungen des Jahres 1962 würden wahrschein-

lich von solchem Ausmaß sein, daß nur das Volk in seiner Gesamtheit sie tragen könne: „Wenn man sich des Volkes Hilfe sichern will, dann darf eine Regierung nicht nur das Volk regieren, sondern sie muß mit dem Volk und durch das Volk regieren, d. h. die Politik muß vom Verstehen und der Mitverantwortung des ganzen Volkes getragen sein.“

Das kommt ungefähr auf das gleiche hinaus, was während der Verhandlungen um die Regierungsbildung schon der aufgeschlossener Teil des katholischen Klerus gefordert hatte. Die Zeitschrift *Ruhrwort* des Ruhrbischofs *Hengsbach* warnte damals die CDU/CSU, sie werde für eine Koalition mit der FDP den Preis bezahlen müssen, in Zukunft nicht mehr die stärkste Partei zu sein. Noch unlängst hat der Limburger Weihbischof *Kampe* vor weiterer Vertiefung der politischen Gegensätze zwischen CDU/CSU und SPD gewarnt.

Annäherungsversuche aus der CDU/CSU

Auch von Seiten einiger CDU- und CSU-Politiker hat es Versuche gegeben, das Verhältnis zur Opposition zu verbessern. Hier ist vor allem der neue Bundesinnenminister *Höcherl* zu erwähnen, der die Diskussion um das Notstandsgesetz in einer glücklicheren Art als sein Vorgänger Schröder wieder eröffnet hat. Allerdings liegt die Vermutung nahe, daß das Verständnis Höcherls für die Sozialdemokratie nicht unwesentlich beeinflusst ist von den Meinungsverschiedenheiten, die er persönlich und seine Partei, die CSU, mit den Freien Demokraten über deren Ansprüche auf Staatssekretärposten und größeren Einfluß in der Beamtenhierarchie haben. Höcherl selbst wehrt sich nämlich besonders dagegen, daß er einen FDP-Mann als Staatssekretär in sein Ministerium nehmen soll.

In der Sache wird die Opposition sich natürlich durch die verbindlichere Art Höcherls nicht überrumpeln lassen. Aber immerhin ist die Verbesserung der innenpolitischen Atmosphäre schon ein Gewinn für unsere junge Demokratie. Das Überraschendste ist, daß auch Minister *Schröder*, der als Innenminister immer einer der entschiedensten Verfechter einer unkonzilianten Haltung gegenüber der Opposition war, sich als Außenminister an der Klimaverbesserung bereits beteiligt hat, indem er nicht nur die Koalitionsparteien — sondern auch die Sozialdemokratie über außenpolitische Hintergründe unterrichtete.

Was eine Anzahl maßgebender CDU/CSU-Politiker in erster Linie wohl bewegt, auf Teilgebieten eine Annäherung an die SPD zu suchen, ist nicht nur der prekäre Stand des Berlin- und Deutschland-Problems,

sondern auch der Gedanke an vier Landtagswahlen, die 1962 in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bayern und Hessen anstehen. Der Rückschlag bei den Bundestagswahlen steckt heute noch manchem CDU-Politiker in den Knochen. Die Umstände der Bonner Regierungsbildung haben die Situation nicht besser, sondern eher schlechter gemacht. Das hat auch die Hamburger Bürgerschaftswahl vom 12. November 1961 bewiesen.

Der große SPD-Erfolg in Hamburg

Christliche und Freie Demokraten hatten die leise Hoffnung gehegt, in Hamburg die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten brechen zu können. Nach dem Rücktritt *Max Brauers* von der Leitung der politischen Geschäfte der Hansestadt und seinem Übergang in die Bonner Politik würden, so hatte mancher geglaubt, die „Brauer-Stimmen“ aus dem Bürgertum wieder an CDU und FDP fallen. Das Ergebnis der Wahl war eine schreckliche Enttäuschung für diejenigen, die so spekuliert hatten: Die CDU-Stimmen sanken unter die 30-Prozent-Marke, und die Partei verlor fünf Bürgerschaftssitze, während die SPD mit 57,4 vH der Stimmen und 60 vH aller Sitze ihren Rekordstand erreichte. Der Vergleich mit der Bundestagswahl acht Wochen zuvor fiel für CDU und FDP geradezu katastrophal aus: Die CDU büßte ein Viertel ihres Stimmenbestandes vom 17. September, die FDP sogar fast die Hälfte ein. Letztere hatte zwar die größte Wahlversammlung auf die Beine gebracht, aber mit dem Ergebnis, daß dem aus Bonn herbeizitierten Parteiführer Dr. *Mende* klar wurde, daß die Besucher nicht aus Sympathie, sondern aus Empörung über seine, *Mendes*, Haltung gekommen waren. Die Tatsache, daß die Führung der Hamburger Freien Demokraten sich offen gegen den *Mende*-Kurs ausgesprochen hatte, konnte an ihrer Niederlage ebensowenig ändern, wie die Stellungnahme des Hamburger CDU-Abgeordneten Dr. *Bucerius* gegen eine vierte Kanzlerschaft Dr. *Adenauers* die Hamburger CDU vor der Niederlage bewahren konnte. Auch der ehrgeizige Plan der Deutschen Friedensunion, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen und damit zum erstenmal in ein Landesparlament der Bundesrepublik zu gelangen — in Hamburg vielleicht sogar das Zünglein an der Waage zu bilden —, scheiterte trotz massiertem Einsatz des Propagandaapparates. Die Hamburger DFU errang nicht einmal 60 vH der Stimmen, die sie hätte haben müssen, um in die Bürgerschaft einzuziehen, und verlor 15 000 Anhänger, die noch bei der Bundestagswahl für sie gestimmt hatten.

Der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. *Nevermann*, der es in knapp einem Jahr verstanden hat, das Vertrauen der Hamburger

zu gewinnen, hat unmittelbar nach dem eindrucksvollen Wahlsieg, der es den Sozialdemokraten (mit 72 von 120 Abgeordneten) ohne weiteres gestattet hätte, allein zu regieren, sein zuvor abgegebenes Versprechen, die FDP weiterhin als Koalitionspartner zu behalten, bestätigt, und zwar mit einer Begründung, die ihm weitere Sympathien eingebracht hat: „Wir lassen auch Politiker anderer Parteien im Senat sitzen, um jeden Anschein von Parteipolitik in amtlichen Angelegenheiten zu vermeiden.“ Die Hamburger Regierungskoalition hat eine gute Zweidrittelmehrheit (84 von 120 Abgeordneten). Die Umbildung, die durch das Ausscheiden einiger Senatoren nötig wurde, die die Altersgrenze erreicht hatten, war schnell vollzogen.

Vorbildlich schnell und in angenehmem Gegensatz zu der Bonner Regierungsbildung erfolgte auch die Regierungsbildung in *Niedersachsen*, die durch den Tod des Ministerpräsidenten *Hinrich Kopf* am Jahresende nötig wurde. 24 Stunden nach der Beisetzung des nach langer Krankheit verstorbenen verdienstvollen bisherigen Regierungschefs wurde der neue Ministerpräsident Dr. *Diederichs* vereidigt, ein Erfolg, an dem *Hinrich Kopf* noch zu seinen Lebzeiten mitgewirkt hat.

Neue Gegensätze zwischen CDU und SPD

Aufgeschlossene CDU-Politiker sehen sehr gut den steigenden Zuwachs an öffentlichem Kredit, den die Sozialdemokratie gewinnt, und sie sehen auch, daß die Freien Demokraten die Abnutzungsverluste, die die CDU/CSU erleidet, nicht auffangen kann. Trotzdem sah es um die Jahreswende 1961/62 nicht nach einer allgemeinen Annäherung zwischen der stärksten Regierungspartei und der Opposition aus. Haupthindernis dürften wohl die forcierten Bemühungen des Bundesverteidigungsministers *Strauß* sein, die NATO zu einer Atommacht zu machen. Eine eindeutige Absage an solche Atomrüstungspläne hat der SPD-Vorsitzende *Erich Ollenhauer* in einem Ausblick auf das Jahr 1962 erteilt, in dem er erklärte, das Drängen der Bundesregierung auf Erweiterung der atomaren Rüstung sei eine Belastung und keine Förderung der Bemühungen um Abrüstung. Es gebe außerdem den Sowjets den Vorwand für anti-deutsche Propaganda und könnte auch sonst in der Welt Mißtrauen gegen die Absichten der Bundesrepublik wecken.

Interessant ist auch, daß gerade ein Artikel der CDU-offiziösen *Politisch-Sozialen Korrespondenz*, in dem unter der Überschrift „Gute Vorsätze für 1962“ eine wesentliche Verbesserung der Beziehungen zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien festgestellt wurde, Grund zu neuer Verstimmung gegeben hat. In diesem Artikel hieß es, es wäre

ein gutes Programm für 1962, „wenn alle Parteien sich vornähmen, in diesem Jahr dem Gegner im Osten zu zeigen, daß es nicht nur in der Außen-, sondern auch in der Verteidigungspolitik der Bundesrepublik nur eine einzige Meinung gibt“. Alle bisherigen Argumente für die Opposition der SPD gegen die Verteidigungspolitik der Bundesrepublik seien fortgefallen, und die SPD habe jetzt die Chance zu beweisen, daß sie das verstanden habe. Der Testfall werde die Verlängerung der Wehrpflicht sein. Weiter könne die SPD ihren guten Willen beweisen, indem sie zum erstenmal dem Verteidigungshaushalt zustimme. Und schließlich sollten SPD-Politiker mit Kommentaren zu verteidigungspolitischen Problemen vorsichtig sein.

Als Antwort auf diese Schulmeisterei erwiderte der stellvertretende Parteivorsitzende der SPD, *Herbert Wehner*, was die *Politisch-Soziale Korrespondenz* veröffentlicht habe, seien nicht die Vorsätze der eigenen Partei für 1962, sondern das Blatt suggeriere, was die Sozialdemokraten an guten Vorsätzen für das neue Jahr fassen sollten, damit die Unionspartei ihr Wohlgefallen daran habe. Die „PSK“ gehe offenbar davon aus, daß die CDU den Ton angebe und die übrigen Abgeordneten mitzusingen hätten. Die Stimme des Vorsängers sei aber sehr dünn. Und in den guten Vorsätzen der CDU, meinte Wehner, fehle einer, der verwirklicht werden müsse, ehe weitergeredet werden könne: „Die Bundesregierung möge mit der parlamentarischen Opposition gemeinsam beraten, was geschehen muß und was zu unterbleiben hat, damit die Krise, in die Deutschland geraten ist, überwunden werden kann.“

Das Problem Ludwig Erhard

Eine eigenartige Rolle in der, oder besser gesagt, gegen die von vielen Seiten erstrebte Gemeinsamkeitspolitik spielt der Vizekanzler und Wirtschaftsminister Prof. *Ludwig Erhard*. Sein Verhältnis zum Bundeskanzler ist nach wie vor schlecht, und Adenauers Ansicht, daß das Paradepferd des deutschen Wirtschaftswunders nichts von der großen Politik verstehe und deshalb nicht zu seinem Nachfolger taue, findet immer mehr Anhänger. Allen Ernstes scheint Adenauer als seinen Nachfolger den langjährigen Fraktionsvorsitzenden und stellvertretenden Parteivorsitzenden Dr. *Heinrich Krone* aufbauen zu wollen, der in der neuen Regierung Minister ohne Geschäftsbereich geworden ist. Erhard hat neue Demütigungen hinnehmen müssen. Da er sich am Kanzler nicht rächen kann, schlägt er nach der anderen Seite aus und wirft sich seit einiger Zeit zum staatlichen Sprecher eines unternehmerischen Scharfmachertums auf. Bereits Mitte Oktober, als die Regierungsbildung noch in vollem

Gange war, hat er bei der Eröffnung der Industrieausstellung in Berlin erklärt, es erfülle ihn mit Scham, wenn in einer Zeit, in der das Letzte auf dem Spiele stehe, immer wieder Rufe nach dem Mehrverdienen, Mehrverbrauchen, nach mehr Genuß und weniger Arbeit laut würden. Mit recht peinlichem Pathos das Berlin-Problem gegen Lohnsteigerungen ins Feld führend, sagte er damals: „Unser gemeinsamer Kampf für die Freiheit hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn wir die wirtschaftliche und soziale Stabilität in unserem Lande zu erhalten wissen.“ Der 81jährige Kölner Bankier und Adenauer-Freund Dr. *Pferdmenges*, der in den Jahren seiner Parlamentszugehörigkeit kaum je den Mund aufgetan hat, setzte diese Tour einige Tage später fort, indem er in seine Rede als Alterspräsident des Bundestages den Satz einflocht, die Devise der nächsten Zeit werde nicht mehr heißen „Mehr verdienen, weniger arbeiten, besser leben“; das sei keine Haltung für ein Volk in unserer Lage.

Ein Vorstoß in der Regierungserklärung

Konkret wurde man einige Wochen später in der Regierungserklärung. In ihr, die für den erkrankten Bundeskanzler vom Vizekanzler verlesen wurde, hieß es wieder mit unverkennbarem Stich auf die Arbeitnehmerschaft: „Von den Sozialpartnern erwartet die Bundesregierung Unterstützung durch eine maßvolle und besonnene Lohnpolitik. Diese muß den Produktivitätsfortschritt berücksichtigen. Von der Einhaltung der durch Preisstabilität und Sicherung eines gesunden wirtschaftlichen Wachstums gesetzten Grenzen wird es abhängen, ob gegebenenfalls neue Lösungen und Formen der Zusammenarbeit der Sozialpartner gefunden werden müssen.“

Das war also eine ziemlich unverhüllte Drohung, mit staatlichen Maßnahmen in die Tarifautonomie der Sozialpartner einzugreifen und die „soziale Marktwirtschaft“, soweit die berechtigten Interessen der Arbeitskräfte in Frage kommen, zu suspendieren. Kaum waren diese Worte ausgesprochen, da kündigten die Arbeitgeberverbände der Metallindustrie zum 1. Januar 1962 sämtliche Lohn- und Gehaltstarife in der Bundesrepublik — eine einmalig dastehende Maßnahme, die über drei Millionen Arbeitnehmer erfaßt.

Erhard hat sich mit alledem nicht begnügt. In einem Vortrag im Bayerischen Rundfunk am 2. Januar 1962 setzte er seine Kampagne fort. Es liege ihm daran, dem deutschen Volk den Katzenjammer zu ersparen, wenn es zu spät zu der Erkenntnis käme, das Glück mutwillig verspielt zu haben, erklärte er. Die unternehmerischen Erträge ließen ein deutliches Absinken erkennen, ohne daß die volkswirtschaftliche Sparkapitalbildung den erforderlichen Ausgleich biete. Schon

übersteige der Zuwachs des Arbeitseinkommens je Stunde die Produktivitätserhöhung der Leistung im gleichen Zeitraum um das Doppelte. Der Staat würde seiner Verantwortung vor dem Volk und seiner Geschichte nicht länger gerecht werden, wenn er diesem sinn- und geistlosen Treiben tatenlos zusehen oder sich mit der bloßen Fragestellung begnügen wollte, zu welchem Ergebnis eine derart falsch verstandene Autonomie der Sozialpartner wohl führen werde. Wenn er diese demokratische Institution auch stets bejaht habe, so müsse er doch feststellen, daß jene Selbstherrlichkeit, die fernab einer Verpflichtung für das Ganze nur die eigenen Interessen gelten lassen wolle, nicht über die demokratisch-parlamentarische Ordnung schlechthin obsiegen dürfe.

Mit anderen Worten: Wenn die Unternehmerträge zurückgehen, wird der Staat („Der Staat bin ich“, sagte vor über 300 Jahren ein anderer Ludwig) mit Hilfe der parlamentarischen Mehrheit von CDU/CSU und FDP das Recht des freien Aushandelns der Löhne und Gehälter durch die Sozialpartner abschaffen und an seine Stelle eine staatliche Regelung setzen, die, ähnlich wie zu Hitlers Zeiten, Lohnerhöhungen stoppt oder in engem Rahmen hält.

Nun, Erhard wird auch mit diesen rhetorischen Kraftakten, bei denen ihm, wie nicht anders zu erwarten, auch das Deutsche Industrieinstitut in Köln assistierte, weder sein verlorengegangenes Prestige kompensieren noch erreichen, was er androhte. Die Ab-

schaffung der Tarifautonomie der Sozialpartner oder schwere Eingriffe in diese würden wesentliche Verfassungsgrundsätze berühren, und dazu ist bekanntlich eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich, über die die CDU/CSU-FDP-Koalition nicht verfügt und die mit Hilfe der Sozialdemokraten etwa zu komplettieren gänzlich aussichtslos ist. SPD-Vorsitzender *Erich Ollenhauer* hat in seinem Ausblick auf 1962 unmißverständlich erklärt, eine Mahnung an die Arbeitnehmer, mit Lohn- und Gehaltsforderungen Maß zu halten, sei blanker Hohn angesichts der bisherigen ungerechten Verteilung des Nutzens am wirtschaftlichen Aufstieg. Von der Erfüllung der Grundideen unserer Verfassung, ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat sein zu wollen, seien wir noch weit entfernt, meinte Ollenhauer,

Auch die *Gewerkschaften* haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie entschlossen sind, „mit allen Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes zurückzuschlagen“, wenn versucht werde, „die Grundlagen der Demokratie zu untergraben und die Freiheit der Gewerkschaften anzutasten“. Die Verantwortung für eine solche Störung des sozialen Friedens liegt ausschließlich bei denen, die den Klassenkampf von oben unter den falschen Flaggen von Christentum und Liberalismus vom Zaun gebrochen und sich zu seiner Durchführung in einer Regierungskoalition zusammengeschlossen haben.

Dr. Hans Henrich